

# Stadt Köthen (Anhalt)

Der Oberbürgermeister

## Beschlussvorlage

2010226/9

Dezernat: <b>Dezernat 6</b>	aktuelles Gremium <b>Bau- und Umweltausschuss</b>	Sitzung am: <b>25.11.2010</b> TOP: <b>2.11</b>
Amt: <b>Amt 63</b>	öffentlich <b>ja</b>	Vorlagen-Nr.: <b>2010226/9</b>
	Az.:	erstellt am: <b>29.09.2010</b>

### Betreff

**Weitergeltungsbeschluss für die „Satzung der Stadt Köthen (Anhalt)  
über notwendige Stellplätze der Stadt Köthen (Anhalt)“  
-Stellplatzsatzung-**

### Beratungsfolge

Nr.	Gremium	Ist-Termin	Ergebnis
1	08.11.2010: Ortschaftsrat Dohndorf	08.11.2010	kein Beschluss
2	16.11.2010: Ortschaftsrat Merzien	16.11.2010	laut BV
3	10.11.2010: Ortschaftsrat Arensdorf	10.11.2010	laut BV
4	15.11.2010: Ortschaftsrat Löbnitz an der Linde	15.11.2010	laut BV
5	17.11.2010: Ortschaftsrat Wülknitz	17.11.2010	laut BV
6	18.11.2010: Ortschaftsrat Baasdorf	18.11.2010	laut BV
7	22.11.2010: Ortschaftsrat Dohndorf	22.11.2010	laut BV
8	24.11.2010: Sanierungsausschuss	24.11.2010	laut BV
9	25.11.2010: Bau- und Umweltausschuss	25.11.2010	laut BV
10	07.12.2010: Hauptausschuss	07.12.2010	laut BV
11	16.12.2010: Stadtrat	16.12.2010	laut BV

### Beschlussentwurf

Der Stadtrat beschließt die Weitergeltung der „Satzung der Stadt Köthen (Anhalt) über notwendige Stellplätze der Stadt Köthen (Anhalt)“ -Stellplatzsatzung- für weitere fünf Jahre.

### Gesetzliche Grundlagen:

Bauordnung des Landes Sachsen-Anhalt (BauO LSA)

## **Darlegung des Sachverhalts / Begründung**

Mit Wirkung vom 15.03.2006 wurde der § 85 der Bauordnung des Landes Sachsen-Anhalt (BauO LSA) ergänzt. Der Gesetzgeber ist dem Vorschlag gefolgt, den Kommunen eine regelmäßige Überprüfung örtlicher Bauvorschriften einzuräumen. Sind z. B. die Voraussetzungen für ihren Erlass entfallen oder entscheidet sich die Gemeinde nicht aus anderen Gründen für deren Weitergeltung, so treten die Satzungen außer Kraft. Dies betrifft auch örtliche Bauvorschriften, die vor der Neuregelung aufgestellt worden, wie die Stellplatzsatzung vom 18.12.2004.

Der ergänzte § 85 Abs. 5 BauO LSA sieht vor, dass örtliche Bauvorschriften nach fünf Jahren außer Kraft treten oder jedoch jeweils um bis zu fünf Jahre verlängert werden können.

Die Stellplatzsatzung, welche seit 18.12.2004 unverzichtbarer Bestandteil des Verwaltungshandelns darstellt, soll um weitere fünf Jahre mit unverändertem Inhalt entsprechend § 85 Abs. 5 BauO LSA verlängert werden. Erfahrungsgemäß haben die Bauherren für Wohnbauvorhaben, Handelseinrichtungen, Geschäftsnutzungen usw. in jedem Fall das Ziel, Stellplätze für ihr Bauvorhaben zu schaffen, um die Vermietbarkeit bzw. den Kundenverkehr zu sichern. Sollte die Schaffung der Stellplätze objektiv nicht möglich sein, ist eine Ablösung möglich, wobei die ersten acht Stellplätze kostenfrei abgelöst werden können.

Problematisch sind größere Bauvorhaben, wie z. B. Diskotheken, Bauvorhaben der Sport- und Freizeitbranche, bei denen nutzungsbedingt mit erheblichem ruhendem Verkehr zu rechnen ist. Für diese Fälle ist eine Satzungsregelung zur Schaffung von Stellplätzen dringend erforderlich, dies haben die Erfahrungen seit Wirksamkeit dieser örtlichen Bauvorschrift auch bewiesen. Ein Verzicht auf eine Stellplatzsatzung würde den ruhenden Verkehr -mit den jeweiligen Bauvorhaben im Zusammenhang stehenden Kundenverkehr- in den öffentlichen Verkehrsraum verlagern. Der Verwaltung gibt diese Rechtsgrundlage weiterhin die Möglichkeit, neue zukünftige Bauvorhaben mit größerem Stellplatzbedarf bzw. Kundenverkehr im Sinne der Allgemeinheit, d. h., für alle in unserer Stadt lebenden Menschen unter Berücksichtigung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs, der Bedürfnisse des ruhenden Verkehrs zu regeln.

## **Anlagen:**

keine